Nr. 265 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 130

Abend-Ausgabe

1 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150.— M., monatl. 50.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 84.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Mittwoch, den 7. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Kampf in der Reparationskommission.

Frankreich überstimmt.

London, 7. Juni. (WTB.) Der gut unterrichtete Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt, in den beiden gestrigen Sitzungen der Reparationskommission sei es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Es sei eine äußerst kritische Lage entstanden und es könne nicht verheimlicht werden, daß die ernstesten Möglichkeiten in das Auge gefaßt werden müßten.

Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß innerhalb der Reparationskommission eine Mehrheit dem Bankierausschuß die größtmögliche Freiheit gewähren will. Es werde betont, daß die Finanzsachverständigen berechtigt seien, ihr Urteil über die Leistungsfähigkeit Deutschlands abzugeben, und daß es ein Fehler sein würde, irgend etwas zu verheimlichen, was nach Ansicht der Bankiers die wirkliche Lage kennzeichnet. Die Bankiers könnten ein Geschäftsproblem nicht geschäftlich behandeln, wenn sie durch politische Erwägungen gefesselt seien. Der Kampf um die Befreiung des Bankierausschusses von allen hindernden Einflüssen sei so ernst geworden, daß von einer offenen Spaltung und der Veröffentlichung getrennter Berichte die Rede sei. Dies würde jedoch nicht notwendig sein, wenn wirklich eine Mehrheit auf seiten des Bankierausschusses stehe. Es sei jedoch damit zu rechnen, daß die Abstimmung in der offiziellen Sitzung nicht der inoffiziellen Meinungsäußerung entsprechen werde. Auf die französische Regierung werde der größte Druck ausgeübt, sich dem Standpunkt der anderen anzuschließen. Denn man sei sich klar, daß diese Gelegenheit für eine Regelung und für die Ausgabe einer Anleihe nicht so bald wiederkehren werde, wenn man sie vorübergehen lasse und daß ein Mißerfolg die schlimmsten Folgen nach sich ziehen könne.

Der Berichterstatter der „Times" gibt trotz des allgemeinen Pessimismus der französischen Presse, welche erklärt, die Arbeit des Bankierausschusses sei zu Ende und es könne nichts mehr getan werden, einer optimistischeren Auffassung Ausdruck. Er glaubt, Angaben über einen Kompromiß machen zu können, der wahrscheinlich dahin gehen wird, daß die Bankiers zwar nicht die Herabsetzung der deutschen Reparationssumme, aber eine verminderte jährliche Zahlungsverpflichtung für einen Zeitraum von beispielsweise 20 Jahren vorschlagen würden. Die gestundeten Zahlungen, d. h. die Differenzen zwischen den nach dem vorjährigen Abkommen geschuldeten Beträgen und dem Betrag, den Deutschland nach Ansicht der Bankiers zahlen kann, würden in 20 Jahren immer noch geschuldet werden, und zwar mit Zinseszins. Auf diese Weise würde die Hauptverpflichtung unangetastet bleiben. Wieviel tatsächlich flüssig gemacht werden könne, sei ungewiß. Da die Bankiers jedoch annehmen, daß Deutschland jährlich 2½ Milliarden Goldmark zahlen kann, entweder an die Reparationskommission oder als Zins und Amortisationen, im Zusammenhang mit einer jetzt auszugebenden 20jährigen Anleihe, so sei es klar, daß die Bankiers eine beträchtliche Emission für möglich halten, sofern ihrem Vorschlage stattgegeben wird. Alles hänge von der Haltung ab, die die französische Regierung und ihre Vertreter in der Reparationskommission heute einnehmen. **Wenn die Franzosen diesem mächtigen Druck eines Teiles, und zwar wahrscheinlich der Mehrheit der Reparationskommission und der Bankiers, nicht nachgeben, dann ist nach Ansicht des „Times"-Berichterstatters die schlimmste aller bisherigen Krisen unvermeidlich.** In Unterredungen mit französischen Vertretern hat der Berichterstatter jedoch wenig Aussicht auf ein französisches Nachgeben feststellen können. Eine ablehnende französische Antwort würde das Ende der Beratungen des Bankierausschusses bedeuten.

Poincaré gegen Morgan.

Paris, 7. Mai. (EP.) Wie die „Chicago Tribune" mitteilt, ließ Poincaré gestern der Reparationskomission durch Dubois mitteilen, daß Frankreich kei[illegible] Ermäßigung des Londoner Zahlungsplanes [illegible]men werde. Dieser Beschluß wird, wie das genannte Blatt schreibt, dazu führen, die in dem Plane Morgans angenommene Summe mindestens um die Hälfte zu ermäßigen und dann eine Reihe von internationalen Reparationsanleihen auszugeben. Er verurteilt wahrscheinlich ebenfalls den Plan, eine einzige Anleihe von 500—1000 Millionen Goldmark für die nächsten Reparationszahlungen aufzubringen. Der gestrige Sturz des Markkurses habe gezeigt, was Europa von den Beratungen der Reparationskommission erwarte.

Paris, 7. Juni. (WTB.) Zu der heute zu erwartenden Antwort der Reparationskommission auf die vom internationalen Anleiheausschuß gestellten Fragen schreibt der „Petit Parisien", der Bankausschuß werde, falls die Kommission antworte, daß die Ziffer der deutschen Schuld, nämlich 132 Milliarden Goldmark, nicht endgültig sei, sich zweifelsohne berechtigt halten, in seinem Bericht auszusprechen, wie hoch der Betrag der deutschen Schuld und der zu ihrer Flüssigmachung erforderlichen Anleihen sein soll. Er werde alsdann eine ebenso praktische wie vollkommene Lösung vorschlagen. Diese Lösung werde auf eine Minderung der Forderungen der Alliierten beruhen. Es sei aber wahrscheinlicher, daß die Reparationskommission den Anleiheausschuß ersuchen werde, sich nicht mit der Gesamtsumme der deutschen Schuld zu beschäftigen. In diesem Falle werde sich der Bankierausschuß, trotzdem er sich bemühen werde, die allgemeinen Bedingungen für die Emission einer Anleihe festzustellen, wahrscheinlich von einer sofortigen praktischen Lösung des Problems fernhalten. Jedenfalls werde aber dadurch die Tür für ein späteres Studium der Frage nicht geschlossen werden

Kampf hinter den Kulissen.

Paris, 7. Juni. (EP.) In der gestrigen Sitzung der Reparationskommission konnte keine Einigung erzielt werden. Dubois erklärte, Frankreich werde einer Herabsetzung der Reparationsschuld nur zustimmen, wenn seine Schuld gegenüber Amerika und England um den gleichen Betrag ermäßigt würde. Die französische Regierung betrachte es aber nicht an der Zeit, jetzt mit Amerika über die Frage der Kriegsschulden zu verhandeln. Sie könne somit der Forderung auf eine Ermäßigung der deutschen Reparationsschuld nicht zustimmen.

Bradbury schlug vor, dem Komitee Morgan zu antworten, daß die Reparationskommission einer Herabsetzung der Reparationen zustimmen würde, wenn die alliierten Kriegsschulden um den gleichen Betrag herabgesetzt würden.

Dubois widersetzte sich einer solchen Mitteilung an das Komitee Morgan, die von dem italienischen Delegierten unterstützt worden war.

Die Reparationskommission wird in ihrer heutigen Sitzung versuchen, eine gewisse einstimmige Antwort an das Komitee Morgan zustande zu bringen. Es besteht aber wenig Hoffnung auf ein Gelingen. In diesem Falle wird jeder Delegierte dem Komitee individuell den Standpunkt seiner Regierung mitteilen. Die gestrige Versammlung der Reparationskommission war sehr bewegt.

Der Dollar steigt.

Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 291 gehandelt. Am Effektenmarkt ist das Geschäft ruhig, die Kurse zeigen jedoch eher Steigerungen. Besonders gesucht sind Kaliwerte und Schiffahrtsaktien. Man nimmt an, daß die deutschen Reedereien gegenwärtig infolge des lebhaften Reiseverkehrs bedeutende Gewinne in ausländischen Valuten erzielen.

Frankreichs Haltung im Haag.

Paris, 7. Juni. (WTB.) Havas erklärt, die französische Regierung werde sich unverzüglich über die Teilnahme an der Haager Konferenz aussprechen. Wahrscheinlich würden die Finanz- und Wirtschaftssachverständigen Frankreichs bei einer Zusammenkunft vom 15. bis 25. Juni vertreten sein, die nur von den Alliierten und Neutralen, ohne Rußland, abgehalten werden wird. **Frankreich wird niemals an einer laufenden Diskussion mit den Russen teilnehmen, wenn es im Verlauf der Vorversammlung eine Nichtbeachtung des Memorandums vom 1. Juni feststellen würde,** dessen Beachtung es für den Erfolg neuer Verhandlungen als unerläßlich ansehe.

Der Erzberger-Mord vor Gericht.

Offenburg, 7. Juni. (WDZ.)

Der mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. v. Killinger, der beschuldigt wird, die mutmaßlichen Mörder des Reichstagsabgeordneten Erzberger, die Studenten Schulz und Tillessen, unterstützt zu haben, nahm heute unter großem Andrang im Schwurgerichtssaale des alten Ritterhauses seinen Anfang. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Grosselfinger. Die Anklage wird durch den Staatsanwalt Burger vertreten. Der Angeklagte v. Killinger wird von dem Rechtsanwalt Dr. Krieg-Offenburg verteidigt. Die Auslosung der Geschworenen nahm geraume Zeit in Anspruch. Eine Anzahl Geschworener wurden sowohl von dem Vertreter der Anklage als auch vom Verteidiger abgelehnt. Nach der Bildung der Geschworenenbank gelangte der umfangreiche Eröffnungsbeschluß zur Verlesung.

Im Laufe der Vormittagsverhandlung gab Killinger eine ausführliche Schilderung seines Lebenslaufes, wobei er betonte, daß er mit Schulz und Tillessen, die er in München kennen gelernt habe, keinen freundschaftlichen Verkehr gepflogen habe. Zu den Verhandlungen sind 37 Zeugen geladen, darunter Frau Erzberger, der Reichstagsabgeordnete Diez und der Bruder des flüchtigen Tillessen, Kapitänleutnant a. D. Karl Tillessen. Als Beweisstücke liegen dem Gericht vor die Schädeldecke Erzbergers, die 2 Schüsse aufweist, die durchschossene Joppe des Toten, Patronen, Kugeln, die man aus dem Körper des Toten entfernt hatte, Briefschaften, Urkunden usw. In seiner Belehrung an die Geschworenen machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß es sich um einen Prozeß mit politischem Einschlag handele, daß aber die Verhandlung selbst eine reine Verstandesangelegenheit sein müsse, die mit politischer Ueberzeugung nichts zu tun habe.

Diktatur der Konterrevolution.

O. L. Rom, 3. Juni.

„Gott schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selber schützen." Dieses Stoßgebet muß dem Ministerpräsidenten in diesen Tagen des von den Fascisten entfesselten Bürgerkrieges oft auf den Lippen geschwebt haben: wie schützt sich eine Regierung gegen diese Freunde, die für Ordnung und Besitz, für König und Vaterland sengen und brennen, rauben und morden, gegen das Gesetz die brutale Waffengewalt ins Feld führen, die jedes Recht der Arbeiterklasse mit Füßen treten, indem sie sich als Bekämpfer des Privilegs ausgeben?

Facta ist die Antwort auf diese Frage schuldig geblieben: er hat sich und das Regierungsprestige einfach preisgegeben, duldet aus lauter Liebe zum Frieden, daß die Handgranate, der Revolver und der Knüppel den sozialen Zwist austragen und findet wohl im stillen, daß es doch eigentlich kein Bürgerkrieg sei, wenn der Unbewaffnete dem Bewaffneten wehrlos preisgegeben ist und die Regierung in wohlwollender Neutralität zusieht, wie der Rauch der brennenden Volkshäuser zum Himmel steigt. Und gegen das Wirken ihrer Freunde hat kein Gott die italienische Regierung schützen wollen.

Was heute in Italien geschieht, spottet jeder Beschreibung und ist überhaupt nur denkbar in einer Periode allgemeiner Verrohung und sittlicher Stumpfheit. Die bürgerliche Presse bringt gewissermaßen das Kunststück fertig, sich selbst ins Gesicht zu spucken. Um einen Agrarkonflikt in der Provinz Bologna auszutragen, konzentrieren die notorisch im Sold der Agrarier stehenden Fascisten Tausende Bewaffneter aus den umgebenden Provinzen in Bologna, die brennend und mordend, im wortwörtlichen Sinne, über die Gegend herfallen. Und in demselben Artikel, der die Schandchronik dieser Invasion enthält, schreibt das „Giornale d'Italia": „Die Fascisten vollziehen eine Konzentration ihrer Kräfte in Bologna, von der wir einzig auf Grund des Patriotismus der Führer und der Disziplin der Gefolgschaft hoffen, daß sie nicht Ursache gefährlicher Komplikationen werde." Und dabei brannte es schon an allen Ecken und Enden. Das sind eben keine „gefährlichen Komplikationen", solange nur die Gebäude von Sozialisten und von Arbeiterorganisationen in Flammen aufgehen. Schließlich ist ja ein Brand ein physikalischer Prozeß und noch längst keine gefährliche Komplikation. Und nun gar, wenn mit soviel Patriotismus und Disziplin angesteckt wird! Man arbeitet doch nicht mehr so primitiv wie ein gewöhnlicher Mordbrenner von früher. Erst schneidet man die Telephon- und Telegraphendrähte durch, dann werden die Brandgranaten geworfen und wenn es dann brennt, gebietet die fascistische Disziplin nur noch, die Feuerwehr durch Handgranaten fernzuhalten. So geschehen am 31. Mai bei der Inbrandsetzung des Genossenschaftshauses „La Sociale" in Bologna! Das alles hat die Hoffnung des „Giornale d'Italia" nicht erschüttert, daß Disziplin und Patriotismus gefährliche Komplikationen verhindern werden. Das gute Blatt merkt gar nicht, wie es die Ideen besudelt, mit denen es hausieren geht.

Aber dies Blatt der Rechten ist in vorzüglicher Gesellschaft. Da haben wir in Rom den demokratischen „Messaggero", der im Verein mit der Konkurrenz der Rechten jeden Mord ausgiebig beschnüffelt, in jeder Sensation wühlt, jeden Mist zur sittlichen Erhebung der Leser in seinen Spalten breit streicht. Das Blatt schreibt in seiner Nummer vom 1. Juni unter dem Titel: ein anarchistisches Attentat wörtlich:

Die Polizei (von Bologna) hat mitgeteilt, daß in der vorigen Nacht gegen 2 Uhr eine Bombe in der Via Farini zur Explosion gebracht wurde. Die diesbezüglichen Erhebungen haben der Polizei die Ueberzeugung beigebracht, daß die anarchistische Gruppe von Bologna Vorteil ziehen will aus dem Moment, den die Stadt durchmacht, um irgendeinen verbrecherischen Anschlag auszuführen. Inzwischen sind im Laufe des Vormittags aus der Provinz der Polizei Nachrichten über ernste Zwischenfälle zugegangen. In Castenaso haben in später Nachtstunde die Fascisten die Lokale des Konsumvereins und das Volkshaus mit Benzin und Petroleum begossen und angesteckt. In Budrie haben 400 Fascisten versucht, in die Lokale der Genossenschaft und in die Wohnungen von Sozialisten zu dringen. Das Eingreifen der Polizei hat den Versuch vereitelt. Immerhin haben die Fascisten das Lokal der Parteisektion erreicht, das abseits liegt und es mit Brandgranaten angezündet. Auf dem Markt ist auch der Kiosk des kommunistischen Zeitungsverkäufers verbrannt worden.

Damit ist das „anarchistische Attentat" erledigt; es folgt ein anderer Titel, der wieder paßt wie die Faust aufs Auge: „Die Telegraphenverbindungen wieder hergestellt". Da heißt es weiter:

In S. Agata Bolognese ist die sozialistische Genossenschaft vollständig durch einen von den Fascisten herbeigeführten Brand vernichtet worden. In Castelle di Crevalcere sind einige Wohnungen bekannter Sozialisten mit Petroleum und

Benzin begossen und angesteckt worden. Das Volkshaus ist verwüstet worden. In Seste Imolese ist eine Bombe geworfen worden, durch die ein Haus verbrannte.

Dann kommt die Freude über die wieder hergestellten Telegraphenverbindungen, die, im Verein mit dem „anarchistischen Attentat" den Titel liefern müssen für 7 Brände, die die Fascisten angelegt haben. Und der Text geht spaltenlang weiter; man denkt an das Wort von Alphons Karr: „Je mehr es wechselt, um so mehr bleibt's das gleiche".

In kurzen Worten geht es in diesem Kampf, der mit soviel Patriotismus und Petroleum, soviel Disziplin und Brandgranaten ausgefochten wird, um die Existenz der Landarbeiterorganisation in der Romagna und der unteren Po-Ebene. Diese Organisation hat dem Grundbesitz Tarifverträge abgezwungen, das Recht auf gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis, hat in zwanzigjährigem Ringen einen Zustand geschaffen, in dem die Arbeit als eine fast ebenbürtige Macht dem Grundbesitz gegenüberstand. Und heute will man diese Macht brechen, der Fascismus will Arbeitslose der Provinz Ferrara nach Bologna bringen, um die dortigen Organisationen zu lähmen. Das Nittische Blatt „Il Paese" berichtet, daß die Grundbesitzer von Ferrara die heutige Arbeitslosigkeit bewußt heraufbeschworen haben, indem sie das grüne Korn mähen und als Viehfutter verwenden ließen, um aus der Arbeitslosigkeit den Landarbeitergewerkschaften den Strick zu drehen. Und wenn heute die Fascisten wie ein feindliches Söldnerheer in Bologna kampieren, so tun sie das im Dienste der Reaktion und des Grundbesitzes. Heute ist Petroleum teuer und Patriotismus nicht billig — wenigstens jener Patriotismus, der sengt und brennt —; wenn sich ein Ueberfall über eine ganze Provinz mit soviel Disziplin und soviel Handgranaten vollziehen kann, so kann man sich schon darauf verlassen, daß dabei jemand zahlt, der auf seine Rechnung kommt. Eine Massenverschiebung von 10 000 Bewaffneten in einem Umkreis von über 100 Kilometern kostet heute Millionen. Sie sollen aber auch Millionen einbringen.

Das Erstaunliche an der Sache, was ihr eine so große Bedeutung für das ganze Land verleiht, liegt in dem Verhalten der Regierung, die die Anwendung der Gewalt von seiten organisierter Gruppen duldet. In den Jahren 1918 und 1919, als sich vereinzelte Fälle von Gewalt unter unseren Bolschewisten ereigneten — es war immer sehr viel mehr Geschrei als Wolle —, da haben die Rechtsparteien den Staat als Hanswurst und Popanz bezeichnet, weil er nicht gewaltsam eingriff, und dabei war die Fabrikbesetzung damals ein reines Gesellschaftsspiel im Vergleich zur heutigen Fascistenbewegung. Giolitti ließ die Bewegung sich austoben, was fast ganz ohne Blutvergießen und Sachbeschädigung abging.

Heute aber, wo man unter reaktionärem Banner jedes Recht mit Füßen tritt, schließt sich die Bourgeoisie zu einer einzigen reaktionären Masse zusammen, von den Nationalisten bis zu den sogenannten Demokraten, und erwartet von der Regierung nichts als Neutralität. Man sagt ganz offen: Früher waren die Gewerkschaften oben auf, jetzt sind wir es eben, und vergißt ganz und gar, daß sich der Aufstieg der Landarbeiter im Rahmen der Legalität vollzogen hat und die Vernichtung der Organisation gewaltsam erfolgt, gegen alles Recht, gegen alles Gesetz. Der heutige Zustand steht noch unter dem des Bürgerkrieges; die Arbeiter sind entwaffnet, die Fascisten nicht. Und ob die Zentralregierung zehnmal dies nicht will, es bleibt doch die Tatsache, daß die Fascisten fast überall die Polizei auf ihrer Seite haben.

Es handelt sich um eine Gegenrevolution, der keine Revolution vorausgegangen ist. In ihren Formen ist sie gleichzeitig lächerlich und furchtbar. Die Fascisten fällen öffentlich Todesurteile; so ist der Abg. Gen. Mingrino von dem Florentiner Fascio zum Tode verurteilt worden. Lächerlich ist, daß sich der Fascismus gegen die ihm nicht dienstbare Staatsgewalt kehrt und gleichzeitig der herrschenden Klasse Botengänge tut. Lächerlich ist der große Klimbim und die großen Worte; furchtbar die Not, die diese Prätorianer des Grundbesitzes unter dem Landvolk säen. Immer sagt man sich, immer wieder fühlt man, so kann es nicht weiter gehen, dabei geht das Ansehen des Staates, der gute Namen des Landes, die Menschenwürde des Volkes zum Teufel. Aber es geht weiter, die feile und feige Söldnerarbeit, sie geht weiter und drängt entweder zur Katastrophe oder zu etwas, was schlimmer ist als jede Katastrophe: zur Anpassung an Zustände, die vielleicht den Maulpatrioten gefallen mögen, die aber Hand legen an die Grundlagen der nationalen Gesittung. Was sich heute in Bologna vollzieht, zertrampelt mehr nationale Werte als die Niederlage bei Karfreit seinerzeit vernichten konnte.

Die deutschnationale Mörderhilfe.

Die deutschnationale Presse entrüstet sich, daß man sie und ihre Partei für das Attentat auf Scheidemann verantwortlich macht. Dabei ist festzustellen, daß nicht nur deutschnationale Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung", den Mordbuben moralisch jeden Vorschub leisten, sondern daß von deutschnationalen Parteistellen den Mördern auch materielle Hilfe gewährt wird. Unter den zweifellos echten Dokumenten, die der Jäger Runge der Redaktion des „Vorwärts" seinerzeit vorlegte, befand sich auch ein Schreiben des deutschnationalen Privatsekretärs Dr. Gustav Schiffer, Schöneberg, Am Park 18, vom 23. Mai 1922, das an Runges Adresse gerichtet war und in seinen hier in Betracht kommenden Absätzen folgendermaßen lautet:

Ihren Brief vom 22. cr. habe ich erhalten und hoffe, daß ich bis Donnerstag günstigen Bescheid habe. Sollte dies nicht der Fall sein, so wäre tatsächlich meine Kunst zu Ende, denn ich habe getan, was ich tun konnte und mich jetzt zuletzt nochmals mit einem sehr energischen Brief an ein Mitglied des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei gewandt.

Des weiteren empfiehlt es sich vielleicht, daß Sie gelegentlich vor Beginn der Sitzungen in den Reichstag gehen und dort Herrn Geheimrat Schulz-Bromberg oder Herrn Major Henning verlangen. Die Partei muß für Sie sorgen, doch lassen Sie uns hoffen, daß wir bis Donnerstag eine Antwort haben.

Mit bestem Gruß

Ihr Gustav Schiffer.

Die Selbstverständlichkeit, mit der Herr Schiffer annimmt, daß die Deutschnationale Partei den an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligten Jäger Runge unterstützen werde („die Partei muß für Sie sorgen"), legt den Schluß außerordentlich nahe, daß solche Unterstützung in der Deutschnationalen Partei das übliche ist, daß schon mancher Mörder und Attentäter auf linksstehende Personen sich mit Erfolg an die Deutschnationale Partei um materielle Unterstützung gewandt hat.

Man amüsiert sich weiter.

Die deutschnationale Presse fährt fort, ihren moralischen Tiefstand zu dokumentieren. Die „Deutsche Tageszeitung", nach ihrem gestrigen Erguß etwas kurzatmig geworden, witzelt darüber, daß die Polizei umfangreiche Nachforschungen nach einem jungen Mann anstelle, der „Scheidemann aus einem kleinen Gummiballon mit verdünnter Blausäure bespritzte". Für sie scheint dies trotz aller Aufklärungen über den Ernst der Sache noch immer ein sehr spaßhaftes Ereignis zu sein, denn das Attentat wird bei ihr schon zu einem „Attentat" (in Gänsefüßchen). Das gleiche leistet sich die „Kreuz-Zeitung", die obendrein mit schmerzlichem Bedauern entdeckt, daß sie sich den Coup der „Deutschen Tagesztg." und der „Tägl. Rundschau" hat entgehen lassen, das eigentliche Verbrechen in der Notwehr Scheidemanns zu sehen. Die „Kreuz-Zeitung" müßte nicht das Blatt der Ohm und Götsche sein, wenn sie nicht schleunigst das Versäumte nachholte. Ihre gemütvollen Ausführungen schließt sie mit den Worten:

Anscheinend sind demnach sozialdemokratische Parteihäuptlinge glückliche Besitzer eines Waffenscheins. Ein solcher scheint also zu den Vorrechten des sozialistischen Klassenstaats zu gehören. Im übrigen sonnt sich der Kasseler Oberbürgermeister im Ruhme des Märtyrers. Auch läßt er sich interviewen, beglückwünscht vom Reichspräsidenten und von dem eifertigen Rathenau, den also anscheinend besondere Beziehungen mit dem Hochverräter vom 9. November verknüpfen. Herr Scheidemann wird also wieder zur großen politischen Rummer. Glück muß der Mensch haben!

Deutlicher kann die Freude über das Attentat, der Aerger über sein Mißlingen wohl nicht zum Ausdruck gebracht werden. Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß auch die gesamte anständige bürgerliche Presse von diesen deutschnationalen Verkommenheiten energisch abrückt. So schreibt die „Germania" zu dem in unserer heutigen Morgenausgabe wiedergegebenen Erguß der „Deutschen Tageszeitung":

Das heißt doch Räubermoral auf das politische Gebiet übertragen. Nach der „Deutschen Tagesztg." haben also Politiker nicht deutschnationaler Richtung die Pflicht, sich totspritzen zu lassen, während Verteidigungsversuche als Totschlag gelten. Tiefer kann parteipolitische Verwilderung wahrlich nicht sinken.

Unbesorgt! Die „Deutsche Tageszeitung" wird schon den Beweis erbringen, daß es auch noch tiefer geht.

Die Blausäureküche.

An dieser Stelle wurde schon zum Ausdruck gebracht, daß die intellektuellen Urheber des Attentats auf Scheidemann in den Fälscher- und Verleumderwerkstätten zu suchen sind, die systematisch gegen die Ehre und das Ansehen republikanischer Staatsmänner hetzen. Zu dem Schlimmsten, was gegen Genossen Scheidemann an Verleumdung vorgebracht wurde, gehörte eine Broschüre „Der Rattenkönig", die schwere Anklagen der Korruption enthielt und wegen ihres verleumderischen Inhalts beschlagnahmt wurde. In einem Prozeß, der heute vormittag vor dem Schöffengericht stattfand (Sklarz gegen Kammer) wurde nun durch zeugeneidliche Aussagen der Beweis erbracht, daß der Verfasser der Broschüre kein anderer ist als der Redakteur Kammer von der „Täglichen Rundschau". — Man wundert sich nun nicht mehr, daß gerade die „Tägl. Rundschau" über die Notwehr des Genossen Scheidemann so empört ist!

Das Totschweigesystem.

Kautsky und die „Freiheit".

Die „Freiheit" sieht sich jetzt genötigt, die vier Thesen abzudrucken, auf die wir — um dem Vorwand des „Raummangels" zu begegnen — die Ausführungen Kautskys reduziert hatten. Von diesen vier Thesen beanstandet sie nur die Formulierung der ersten. Die drei anderen, die sie stillschweigend als richtig wiedergegeben anerkennt, lauten bekanntlich:

Das Leipziger Aktionsprogramm ist für die USP. nur noch ein toter Buchstabe.

Das Fortbestehen der USP. ist kein Nutzen, sondern ein Schaden.

Der kommunistische Einschlag in der USP. ist das Hindernis der Einigung.

Dagegen findet die „Freiheit" nichts zu bemerken. Darf man hier den Grundsatz anwenden: „Wer schweigt, stimmt offenbar zu"?

Unzufrieden ist die „Freiheit" nur mit der Formulierung des ersten Satzes: „Die Gründung der USP. ist auf kommunistische Einflüsse zurückzuführen." Sie sagt, wir unterstellten Kautsky, diesen Satz geschrieben zu haben. Unsere Leser kennen, zum Unterschied von jenen der „Freiheit", die wörtlichen Aeußerungen Kautskys zu diesem Punkt ganz genau. Wenn die „Freiheit" behauptet, wir „unterstellten" Kautsky etwas, warum druckt sie nicht zum Beweis dafür, Kautskys Ausführungen daneben ab, warum ersucht sie ihn nicht, sich selber zu dieser Frage zu erklären? Warum läßt sich die „Freiheit" erst von uns zwingen, ihren Lesern tröpfchenweise mitzuteilen, was in ihrer eigenen Partei vorgeht?

Die „Freiheit" meint, auch Kautsky müsse zu der Ueberzeugung kommen, daß wir keine Neigung hätten, seine Einigungsbestrebungen sachlich zu unterstützen. Wie wir wissen, ist Kautsky und der ganze rechte Parteiflügel längst der Ueberzeugung, daß die Einigungsbestrebungen keinen Schritt vorwärts kommen können, solange nicht mit dem Totschweigesystem in der USP. gebrochen wird. Indem wir dieses Totschweigesystem bekämpfen, leisten wir den Einigungsbestrebungen jede Unterstützung, die unter den gegebenen Umständen überhaupt möglich ist.

Krokodilstränen.

Von Herbert.

Wenn irgend jemand in deutschen Gauen den Spruch aus dem „Faust": „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen", beherzigt, so ist es gewiß Ullstein, Berlin SW. 68. Was kann man in seiner „Berliner Illustrierten" nicht alles bewundern: Gerhart Hauptmanns goethisch-priesterliche Rundheit; ein umgepurzeltes Rennpferd, das mit allen vieren in der Luft herumrudert, den neuen Papst in seinem schon von Raffael und Velasquez gemalten roten Samtstuhl, ein paar Engländer mit nackten Knien, als sei es eine Schuhplattlertruppe — sie wollen ein bißchen auf den Himalaya kraxeln —, den dicken Hindenburg von hinten und das storchbeinige englische Kronprinzlein von der Seite, „Humor" zwischen allerhand Reklame und dann gegen Ende drei Seiten lang „Zeichen unserer Armut, kleine Beobachtungen im Vorübergehen", schöne wahre Beobachtungen, rührende Beobachtungen. Wer zweifelt noch an Ullsteins, SW. 68, sozial fühlendem Herzen, wenn er im Bilde die „Erschreckende Vermehrung der Bettler" sieht, die Parade vor der „Verkaufsstelle für minderwertiges Fleisch", den fliegenden Wäsche- und Schuhhandel, „durch den viele Verarmte ihren Lebensunterhalt zu fristen hoffen"; ein besonders findiger Schmock hat einen aufgeplatzten Stiefel und eine ausgefranste Manschette in der Straßenbahn festgehalten, die übrigens nicht dem Proletariat angehören — denn das genießt ja die Phantasielöhne! —, sondern dem „Mittelstande", also vermutlich einer Exzellenz oder einem pensionierten Gardekavallerieoffizier. Um dich dein Elend nicht allzu schwer fühlen zu lassen, leidender Zeitgenosse, wird dir gezeigt, daß selbst in den „Hotels ersten Ranges" die „Lichtarmut typisch" ist, denn anstatt vier oder fünf Birnen brennt nur eine einzige an jedem Beleuchtungskörper. Bedenke es: Auch die Gäste des Kaiserhof und von Adlon haben teil an der Verelendung Deutschlands!

Was soll ich euch das Herz noch unnötig schwer machen durch Proben aus dem erschütternden Begleittext! Von dem begüterten Elend, das im Vorderhaus darbt, von den Antiquitätengeschäften, diesen „Särgen unseres früheren Besitzes" und dem alten Invaliden Reniner, der „von seinem letzten Perser lebt!" „Wir kämpfen, o ja, wir verdoppeln, wir verdreifachen unsere Anstrengung. Aber das Ergebnis davon ist doch nur Verminderung, Reduzierung — ach, nennen wir es doch nur gut deutsch: fortschreitende Verarmung."

Nun möchte ich einmal den sehen, dem dabei das Lachen nicht vergeht! Aber ein freundlicher Zufall hat es gefügt, daß auf der gegenüberstehenden Seite ein Kavalier mit einer blonden und nur andeutungsweise bekleideten jungen Dame anstößt, an einem Tische sitzend, auf dem diesmal alle Beleuchtungskörper funktionieren, und fast dreimal so groß und fett wie „Zeichen unserer Armut" gegenüber steht unter diesem freundlichen Bild:

„Söhnlein Rheingold und der Weinkeller",

und jeder, der es bisher noch nicht gewußt hat, mit Einschluß der Stiefel- und Manschettenbesitzer aus der Straßenbahn (s. oben) und des invaliden Reniners, der sich von seinem Perserteppich ernährt, erfährt nun, daß die genannte Firma ihr „Rheingold" einkellert wie edle alte Weine. „Zugleich liegt darin, dank des (!) steigenden Qualitätswertes dieser Marke, für den Weinkundigen der Vorteil einer guten Anlage. Um gleichhervorragende Lagerwerte wie aus den Jahrgängen 1911, 1915 und 1917, zu schaffen, erwarben wir bedeutende Mengen erlesener Kreszenzen aus den großen Weinjahren 1920 und 1921. Damit ist die Rohstoffrage für „Söhnlein Rheingold" glänzend gelöst und unseren Gönnern auf Jahre hinaus die Möglichkeit geboten, sich hochwertige Reserven zu sichern."

Neben der Rohstoffrage ist auch die Annoncenfrage glänzend gelöst, denn diese „Illustrierte Anzeigenseite" dürfte die Kleinigkeit von 20- bis 25 000 Mark einbringen. Was glaubst du wohl, ist der Firma Ullstein wichtiger: die Zeichen unserer Mittelstandsarmut oder die Sicherung der Reserven für den Weinkeller und damit die der Reserven für die Geschäftsführung? Deutschland verelendet. Zugleich liegt darin, dank des steigenden Qualitätswertes dieser Marke, der Vorteil einer guten Anlage....

Neue Mars-Untersuchungen. Im August 1924 wird der Planet Mars in die größte Erdnähe kommen, die er seit 50 Jahren erreicht hat. Für die europäischen Observatorien werden die Beobachtungsbedingungen allerdings sehr ungünstig sein; man muß eine Gegend südlich des Aequators aufsuchen, um den Mars hoch am Himmel zu sehen. Ein reicher amerikanischer Freund der Astronomie, Mac Afee, hat nun, wie der „Temps" berichtet, den Beschluß gefaßt, die Frage der Marskanäle bei dieser Gelegenheit nach Möglichkeit zu klären. Er begibt sich im Jahre 1924 nach Charanal in Chile, wo er den Planeten im Zenit beobachten kann, und er läßt zu diesem Zweck ein neues senkrechtes Teleskop an Ort und Stelle bauen. Statt eines Spiegels von großem Durchmesser, der schwer oder unmöglich genau auszuführen wäre, ist bei diesem Teleskop eine Fläche von Quecksilber verwendet, die in eine schnelle Rotation versetzt wird. Ein solches Instrument kann nur für Sterne gebraucht werden, die im Zenit vorübergehen. Mac Afees Beobachtungen können vielleicht die Lösung des Problems der doppelten Marskanäle bringen, die für manche den Beweis einer hochentwickelten Kultur der Marsbewohner bedeuten, für andere nur eine einfache optische Täuschung infolge der Unvollkommenheit unserer Instrumente darstellen.

Belgien als Flugverkehrszentrum. Belgien entwickelt sich schnell als ein Mittelpunkt des Flugverkehrs für das westliche Europa. Verschiedene neue Linien nach Norden, Osten und Süden werden in Brüssel zusammentreffen, wie ja auch zahlreiche europäische Expreßzüge die Stadt berühren. Dieselben Umstände, die Belgien zu einem Eisenbahnmittelpunkt gemacht haben, wirken auch bei der Einrichtung des Flugverkehrs mit. Das Land ist flach und es bieten sich nur wenig Hindernisse, so daß es für den Flugverkehr sich außerordentlich eignet. Die Flugzeugführer haben in den Kanälen, die das Land durchkreuzen, ausgezeichnete Wegweiser, und wenn die Maschine versagt, können sie überall niedergehen. Autogaragen sind zahlreich über das Land verstreut, so daß das Flugzeug repariert werden kann oder, falls dies nicht möglich ist, die Passagiere ohne Zeitverlust weiter zu befördern sind. Brüssel ist auch der Treffpunkt der internationalen Flugbehörden geworden.

Die Stimme vom Himmel. Die Kopenhagener haben in diesen Tagen das neueste Wunder der Technik kennen gelernt, das einer ihrer Landsleute, Peter L. Jensen, erfunden hat. Es heißt „Magnavox" (Große Stimme) und ist ein Lautverstärker von solcher Kraft, daß mit seiner Hilfe Worte, die von einem Balkon im vierten Stockwerk eines Hauses mit natürlicher Stimme gesprochen wurden, wie Hammerschläge über den darunter liegenden weiten Rathausplatz schallten. Der Erfinder führte selbst seine Schöpfung vor, die dem äußeren Ansehen nach von verblüffender Einfachheit zu sein scheint. Jensen rief in seinen Apparat ohne besonderen Stimmaufwand ein zweimaliges „Hallo", das donnerähnlich über den Platz tönte. Die Kopenhagener, die keine Ahnung von dem Zusammenhang hatten, sammelten sich im Nu auf dem Rathausplatz, der in wenigen Minuten von einer Menschenmenge angefüllt war. Nun wurden dem erstaunten Publikum sozusagen vom Himmel herab die neuesten Begebenheiten des In- und Auslandes verkündet. Jedes Wort war überdeutlich zu verstehen, und als gar ein Opernsänger beliebte Lieder ertönen ließ, wollte der Jubel der begeisterten Menge kein Ende nehmen. Seinen Höhepunkt aber erreichte er, als man eine kleine Weckeruhr an das Sprachrohr stellte und ihr Tick-Tack mit Getöse über den Platz klang. „Magnavox" soll der amerikanischen Luftflotte bereits große Dienste geleistet haben. Sie hat den Fliegern die Möglichkeit gegeben, vom Lärm der Motore ungestört Gespräche miteinander zu führen. „Die große Stimme" ist in Amerika bereits populär und hat in Versammlungen von 100 000 Menschen gesprochen.

Das Wasserbedürfnis der Bienen ist so groß, daß im Anfang Mai täglich je Volk ¼ Liter Wasser verbraucht wird, später noch mehr. Die Bienen brauchen es bei der Ernährung der Brut und gehen zugrunde, wenn sie es nicht haben. Deshalb suchen sich in Scharen die Wassertonen und Brunnen in den Nachbargärten auf, trotzdem die Imker neben ihren Ständen besondere Tränken zu unterhalten pflegen. Gegen diesen Naturdrang läßt sich nichts tun. Deshalb sollten aber die Besitzer der Wasserstellen auch den Besuch der Bienen ertragen. Er ist ja ganz ungefährlich, da Bienen, die Wasser holen, ebenso wenig wie Honigsammlerinnen stechen, wenn sie nicht berührt werden. Außerdem wird jeder Naturfreund, der die Bedeutung der Bienen für die Befruchtung der Blüten kennt, an dem Bienenbesuch seine Freude haben. Um zu verhüten, daß Bienen in den offenen Gefäßen ertrinken, deckt man einen Deckel darüber oder einen in das Wasser hineinhängenden Sack. Zur Not genügen einige Schwimmhölzer, die den Bienen als Rettungsboote dienen. Bienen totzuschlagen ist eine törichte Grausamkeit und ein Verlust für unsere Volkswirtschaft.

Sängerbesuch aus Finnland. Die „Wiborgs Sängerbröder", eine finnische Männerchorvereinigung, treffen dieser Tage in Berlin ein, um am 9. und 10. in der Hochschule für Musik Konzerte zu geben.

Eine „neue irische nationale Akademie" wurde am 18. Mai gegründet. Dail Eireann hat einen jährlichen Zuschuß zugesichert, um die Akademie zu befähigen, ihr wichtiges Werk ungehindert fortzusetzen. Die Akademie soll in ihrem Hauptzweck die Ergebnisse irischer Untersuchungen und Forschungen, sowohl auf literarischem wie auf wissenschaftlichem Gebiet fördern und verbreiten.

Deutschen-Kundgebung im Rheinland.

Eine Rede des Ministerpräsidenten Braun.

Die Sonderbündler, die sich eine Loslösung des Rheinlandes von Deutschland zum Ziel gesetzt haben, treiben im Rheinland noch immer ihr Unwesen. Besonders in der letzten Zeit sind sie wieder eifrig bemüht, Stimmung für ihre „gute" Sache zu machen. Sie erreichen damit das Gegenteil ihrer Bestrebungen. In allen Teilen der Rheinprovinz finden Versammlungen der Rheinländer statt, in denen der Gedanke an eine Loslösung mit aller Schärfe zurückgewiesen wird. In einer dieser Versammlungen, die in Honnef a. Rh. einberufen war, hielt der preußische Ministerpräsident Braun eine Ansprache. Er erklärte:

Das Rheinland ist Geisel in der Hand der Sieger. Was die Kanonen und die Senegalneger nicht vermocht haben, das soll die französische sogenannte „Kulturpropaganda" erreichen, die vornehmlich mit dem Argument der höheren Valuta arbeitet. Die separatistischen Kreise, die dem Franken unterlegen sind, arbeiten in erster Reihe mit der Forderung der Loslösung des Rheinlandes von Preußen, wobei sie sich geschickt den Umstand zunutze machen, daß das alte Preußen die Mentalität der rheinischen Bevölkerung nicht immer recht verstanden und richtig gewürdigt hat. Dabei wird auch geflissentlich verschwiegen, daß das Rheinland als größte und wertvollste Provinz im preußischen Staatsgefüge auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiet einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen hatte. Das **neue demokratische Preußen** hat bereits auf den verschiedensten, insbesondere auf den kulturellen Gebieten — wie der Ausbau der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn und die Gründung der Hochschule Köln beweisen —, volles Verständnis für die Eigenarten und Bedürfnisse des Rheinlandes gezeigt. Nicht die Blüte des Rheinlandes und das Wohl der Rheinländer haben die zumeist im Solde Frankreichs stehenden Separatisten im Auge, sondern sie sind bewußt oder unbewußt Werkzeuge der Kreise Frankreichs, die eine Zerreißung und damit völlige Zertrümmerung Deutschlands anstreben. **Das Rheinland aus dem preußischen Staatsganzen reißen, heißt: es auch vom Reiche trennen und zum Spielball französischer Interessen und Machtpolitik machen.**

Die mißlichen Verhältnisse Deutschlands, die hohen Steuern, die zur Ernährung des Volkes erforderliche Getreideumlage und anderes mehr werden von den Separatisten gegen Preußen und das Reich ins Feld geführt, bisher glücklicherweise mit geringem Erfolg. **Denn wer sein Vaterland in der Not wegen der Getreideumlage verrät und wer wegen der recht imaginären Aussicht auf Steuererleichterung sein Deutschtum verleugnet, war nie ein Deutscher, hat nie wahrhaft deutsch gefühlt und gedacht.** Das Rheinland und die Rheinländer haben aber stets deutsch gefühlt und gedacht und werden daher wie in früheren guten Tagen auch in den schlimmen Zeiten, die wir jetzt durchleben und die uns noch bevorstehen, in alter deutscher Treue zu Preußen und dem Reiche stehen. Wenn dieser Geist wach und rege bleibt, dann dürfen wir um eine bessere Zukunft nicht besorgt sein.

Minister Braun wurde bei seinen Ausführungen mehrfach von Beifalls- und Zustimmungsäußerungen unterbrochen. Als er die Tribüne verließ, grüßte ihn einstimmiger Beifall. Gegen zwei Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland und Preußen betont wird.

Die Landesratswahl im Saargebiet.

Saarbrücken, 7. Juni. (DA.) Um ihre Isolierung zu vermeiden, hat die saarländische sozialdemokratische Partei ihre Stellungnahme zur Beteiligung an der Landesratswahl nunmehr einer Revision unterzogen und sich im Sinne einer Beteiligung schlüssig gemacht. Damit haben nun alle Parteien des Saargebiets, bis auf die Deutschnationalen, den Gedanken der Wahlabstinenz aufgegeben.

Ein Ausschluß aus der KPD.

Die „Rote Fahne" verkündet einen Beschluß der Zentrale der KPD. auf Ausschluß des kommunistischen Führers im Saarrevier, Max Walz, Saarbrücken, aus der Kommunistischen Partei. Der Beschluß wird damit begründet, daß auf Grund des vorliegenden Materials und des eigenen Geständnisses feststehe, daß Walz größere Geldbeträge von der Saarregierung angenommen hat, um die Politik der KPD. in dem von der Saarregierung gewünschten Sinne zu beeinflussen.

Vielleicht ist die „Rote Fahne" jetzt etwas vorsichtiger mit der Behauptung, daß es die Führer der SPD. seien, die sich an die Bourgeoisie „verkauft" hätten.

Wilhelms Sehnsucht nach Pfunden.

Verunglückte Anbiederung an die Northcliffe-Presse.

Wie die Dena erfährt, erscheinen in nächster Zeit im Verlage von F. A. Köhler die Erinnerungen des ehemaligen deutschen Kaisers. Der Verlag hat die Erinnerungen zum Vorabdruck der englischen Presse angeboten. Die „Times" haben wegen der damit verbundenen hohen Honorarforderung den Vorabdruck abgelehnt.

Die „Times" gehört bekanntlich zum Northcliff-Konzern, sie ist eins der Blätter, das auch jetzt noch in der gehässigsten Weise gegen Deutschland wühlt und hetzt. Es ist bezeichnend, wie die Männer des alten Systems sich gerade zu dieser deutschfeindlichen Presse, die allerdings finanziell sehr gut ausgerüstet ist, hingezogen fühlen. Ludendorff Mitarbeiter des „Sunday Pictorial", Wilhelm Mitarbeiter der „Times". Nur daß der Versuch an übergroßer Pfundsehnsucht gescheitert ist. Während des Krieges hat diese Gesellschaft geschrien: „Gott strafe England!" Jetzt denken sie frei nach Goethe:

Ein teutscher Mann mag keinen Briten leiden,
Doch seine Pfunde nimmt er gern!

Landratsbeleidigung einst und jetzt.

In Mecklenburg ist jetzt ein außerordentlich interessanter Prozeß zu Ende gegangen, nachdem er durch Rückverweisungen und Revisionen insgesamt sieben Instanzen durchlaufen hatte. Der deutschnationale Landbundsekretär Gollata hatte im Jahre 1920, als die Wahl eines Landrates (Landrats) für das Amt Stargard angesetzt war, den Genossen Becker-Bartmannshagen, der dann zum Landrat gewählt wurde, durch Beschimpfung seines verstorbenen Vaters schwer beleidigt. Das Fazit des Prozesses ist, daß Gollata zu 300 M. Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt wurde.

Bei dieser Gelegenheit fällt uns ein, daß Genosse Becker selber einmal vor zwölf Jahren durch seinen Kampf, den er gegen den konservativen Landrat des Kreises Grimmen, einen Herrn v. Maltzahn, führte, vor die Gerichte gebracht wurde. Trotz einer für Becker sehr günstigen Beweisaufnahme sah das Gericht den Wahrheitsbeweis für die Beschuldigungen Beckers nicht als geglückt an. Becker aber erhielt ein Jahr Gefängnis.

So ändern sich die Zeiten und die Anschauungen der Gerichte über Landratsbeleidigung.

Die falsche Träne . . .

Ein Söldnerheer wie das unsrige sollte eigentlich etwas Landsknechtsartiges an sich haben, z. B. frisches Draufgängertum und offene Gradheit. . . . Die bayerischen Truppen, die wir augenblicklich in der Rathenower Straße beherbergen, lassen, wie wiederholt mitgeteilt, solche Züge vermissen. Sie benehmen sich eher wie unreife Jüngferlein, die mit ihren Empfindungen noch nicht ganz im reinen sind. Sie sammeln nämlich Aussprüche berühmter Männer. Und legen sie dem vorüberwandelnden Publiko in Form von Steinchenbeeten vor den Kasernen zur gefälligen Beachtung vor. (O, diese Eitelkeit!)

Da liest es sich denn z. B. so schön: „Deutsch sein, heißt treu sein." An einer anderen Stelle: „Fromm, bieder, treu und stark" oder so ähnlich. Und man sieht die guten Steinchensäer vor Rührung ordentlich schnupfen bei ihrer empfindsamen Tätigkeit. — Kommt man aber weiter hinauf nach der Turmstraße zu, dann löst sich die Spruchreihe in Wappenbilder und Embleme auf. Als da sind: Schwarzer Adlerorden, Münchener Kindl, Zähringer Löwe, schwäbischer Greif — wenn ihn das schmissig hingelegte Rabenvieh etwa darstellen sollte . . . ein Wappen mit Aschingerfarbenfelderteilung, der verstoßene Reichsadler mit schwarzweißrotem Wappenschild und Zepter und Reichsapfel in den Klauen. Dann (von wegen der Unparteilichkeit) die neudeutsche Flagge des Reichswehrministers, ein Wappenschild mit bauweiß und eine in den preußischen Farben. Den Schluß dieser langen Sinnbildreihe aber macht ein wacker eisern Kreuz mit dem bekannten W in der Mitten, jedoch ohne Ordnungszahl, wie wir der Gerechtigkeit wegen einschalten. Und dieses eiserne Kreuz trägt eine sonderbare Inschrift. Eine Inschrift, die ein Rätsel aufgibt und zugleich Lösung ist für einiges Widerspruchsvolle: Lösung für den Wissenden. Ahnung für den liebevoll Grübelnden, nur kein Beweis für frisches Draufgängertum und offene Gradheit! Nur kein Beleg für das hübsche: „Deutsch sein, heißt treu sein" . . . Sondern eher, nun, sagen wir es zart, ein unfreundlicher Akt gegen die heutige Verfassung. Denn also lautet jene Inschrift: „Verblichen, aber unvergessen." . . .

Ob das etwas mit dem von Sträuchern umstellten verstoßenen zepterschwingenden, schwarzweißrot-beschilderten Reichsadler zu tun hat oder mit einer förstlichen Seligkeit, mag der Himmel wissen.

Der Streit um die Fortführung der AEG.-Schnellbahn.

Die Klage des Magistrats gegen die AEG. bzw. deren Tochtergesellschaft wegen Fortführung des Baues der Schnellbahn Neukölln—Gesundbrunnen beschäftigte die städtische Verkehrsdeputation eingehend. Das Kammergericht hat die Klage des Magistrats kostenpflichtig abgewiesen mit einer ausführlichen Begründung, daß man unter den veränderten Verhältnissen der Unternehmerin nicht zumuten könne, in ein wenig aussichtsreiches Unternehmen usw. weitere sehr schwer zu beschaffende Geldmittel zu investieren. Die Verkehrsdeputation hat beschlossen, mit Rücksicht auf den klaren Wortlaut des Vertrages und der Wichtigkeit dieser Schnellbahn gegen das abweisende Urteil des Kammergerichts Revision beim Reichsgericht zu beantragen. Der Magistrat soll ersucht werden, auch dies letzte Mittel zu versuchen, um die Gesellschaft zur Erfüllung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen zu veranlassen.

Was ist „Vergnügen"?

Ausführungsbestimmungen für die Vergnügungssteuer.

Die neue Vergnügungssteuerordnung der Stadt Berlin ist so umfangreich und verwickelt geworden, daß wie bei den Reichs- und Landesgesetzen für die ausführende Beamtenschaft noch besondere Ausführungsvorschriften des Magistrats notwendig geworden sind.

Zu den Vergnügungen, die nach dem Willen der Stadtverordnetenversammlung und der Aufsichtsbehörde nicht besteuert werden sollen, gehören Dampferfahrten, Luftrundfahrten und Vermieten von Ruderbooten. Von Ausstellungen sind nur die entgeltlichen, Erwerbszwecken dienenden Ausstellungen steuerpflichtig. Nach einer Mitteilung des Reichsschatzministers begründet aber die Erhebung von Eintrittsgeld allein noch nicht die Annahme, daß Erwerbszwecke verfolgt werden. Warenausstellungen, mit denen ausschließlich wirtschaftliche Zwecke verfolgt werden und zu denen nur der begrenzte Kreis der Fachbeteiligten Eintritt hat, fallen gleichfalls nicht unter den Begriff der vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen. Die städtische Finanz- und Steuerdeputation hat hierzu beschlossen, daß bis auf weiteres alle Fälle von Ausstellungen dieser Art ihr zur Beurteilung und Entscheidung vorzulegen sind.

Veranstaltungen, die ausschließlich erbauenden, belehrenden oder wissenschaftlichen Zwecken dienen (z. B. Vorträge) gelten nicht als steuerpflichtige Vergnügungen, sondern sind steuerfrei. Dazu gehören auch Veranstaltungen, die lediglich politischen, gewerkschaftlichen oder gottesdienstlichen Zwecken dienen. Vereine für Jugendpflege und Leibesübungen sind nicht als solche mit ihren sämtlichen Veranstaltungen steuerfrei, sondern die Steuerfreiheit kann von ihnen nur von Fall zu Fall und nur insoweit in Anspruch genommen werden, als die einzelne Veranstaltung ausschließlich der Jugendpflege oder Leibesübung dient. Veranstaltungen, die daneben irgendwelchen anderen Zweck haben, müssen daher auch von diesen Vereinen versteuert werden. Dazu gehört z. B. die Veranstaltung eines Konzerts, dessen Ertrag zur Beschaffung von Spiel- und Sportgerät verwendet wird oder die Vorführung eines Sportfilms. Die Anerkennung gemeinnütziger Theater- und Konzertveranstaltungen, die steuerlich bevorzugt werden, liegt für ständige Unternehmungen dem Unterrichtsminister, für vorübergehende Veranstaltungen dem beim Oberpräsidium in Charlottenburg gebildeten Ausschuß ob, der mit der Beurteilung künstlerisch hochstehender Veranstaltungen betraut ist. Die Begriffe der Kunstpflege und Volksbildung sollen nach einem Erlaß des Reichsfinanzministers hierbei nicht zu eng gefaßt werden.

Wirtschaftskoalition Neukölln-Treptow.

Der Wirtschaftsbetrieb der früher selbständigen Gemeinde Treptow hatte bis zum 15. Juli 1921 einen Fehlbetrag von sieben Millionen Mark. Da die neue Bezirksverwaltung die Uebernahme dieses Verlustes auf den Etat für 1922 ablehnte, mußte die Treptower Wirtschaftsstelle abgebaut oder ganz stillgelegt werden. In den Verhandlungen hierüber kam es nur zu zwei praktischen Vorschlägen. Die Konsumgenossenschaft in Lichtenberg bot für Uebernahme mit allem Zubehör rund 200 000 M., wollte aber 9 von den 14 Verkaufsstellen schließen und nur das brauchbare Personal behalten, während die nach der Revolution mit 50 000 M. städtischem Gelde gegründete Neuköllner Großhandelsgesellschaft unter der Zusage der Beibehaltung aller 14 Verkaufsstellen 250 000 M. bot. In der letzten Bezirksversammlung des Bezirks 15 in Treptow wurde bedauert, daß keine allgemeine Ausschreibung stattgefunden habe. Man hätte dann früher mehr herausholen können, zumal die heutige Rentabilität der 14 Verkaufsstellen erwiesen sei. Die Mehrheit beschloß, den Treptower Wirtschaftsbetrieb der Neuköllner Großhandelsgesellschaft anzugliedern.

Die Lehrlinge im Bäcker- und Konditorgewerbe.

Der preußische Handelsminister hat unter Aufhebung seiner früheren Erlasse über die Regelung der Lehrlingshaltung in Bäckerei- und Konditoreibetrieben eine neue umfangreiche Verordnung erlassen. Danach darf im Bäckerei-, Konditorei- und Pfefferküchlergewerbe, in Brotfabriken, Keksfabriken und allen sonstigen Anstalten und Betrieben, in denen Backwaren gewerbsmäßig hergestellt werden, soweit die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, ein Lehrling gehalten werden. Ein zweiter Lehrling darf dann gehalten werden, wenn entweder der erste Lehrling das zweite Lehrjahr vollendet hat oder einer der in der Verordnung aufgeführten besonders dringenden Ausnahmefälle vorliegt. In Betrieben, die ständig mindestens 10 Gesellen beschäftigen, dürfen zwei Lehrlinge gehalten werden, ein dritter Lehrling dann, wenn einer der beiden anderen Lehrlinge das zweite Lehrjahr vollendet hat.

Gefährliche Landsleute.

Räuberischen Landsleuten, die sich ihm „hilfsbereit" zur Verfügung stellten, ist ein 78 Jahre alter aus Czenstochau gebürtiger Schneidermeister Wilhelm Brat, der sich auf der Heimreise von London in Berlin aufhielt, in die Hände gefallen. Unterwegs gesellten sich zu dem Greise zwei Männer, die sich für Landsleute ausgaben und ihm bereitwilligst anboten, in Berlin ein Unterkommen zu finden. Die beiden geleiteten den alten Mann durch mehrere Straßen und endlich in ein Haus hinein, wo sie über ihn herfielen und ihn ausplünderten. Der wehrlose alte Mann büßte seine Barschaft aus 60 englischen Pfunden und 5000 M. in deutschem Gelde ein. Ferner wurde ihm ein Ring gestohlen, der 30 englische Pfund wert ist. Die Räuber entkamen und werden jetzt von der Kriminalpolizei gesucht. Beide sprachen englisch, deutsch und hebräisch. Der eine ist etwa 42 bis 44 Jahre alt und 1,68 Meter groß, hat ein rotes, frisches Gesicht mit eingedrückter Nase, breite Hände und Füße und trug einen blauen gewendeten Jackettanzug. Der andere ist etwa 35 bis 36 Jahre alt, etwas kleiner, hat dunkelblondes Haar, einen kleinen Bart, eine hohe Stirn und vollständige Zähne.

Zur Berliner Hundesteuerfrage teilt der Berliner Tierschutz-Verein mit, daß eine neue Bewegung gegen die jetzige Deutung des Wortes „Luxushund" eingesetzt hat. Wenn nur ein Hund in einer Familie gehalten wird, so soll dieser — ganz gleich, welcher Rasse er angehört — stets nach dem niedrigsten Satz besteuert werden, damit die Haltung eines Hundes oder jedenfalls eines Wachhundes auch minderbemittelten Leuten möglich ist. Für alle Fälle soll der Begriff „Luxushund" so abgestellt werden, daß die erhöhte Steuer tatsächlich nur den Luxus (Renommierhunde usw.) trifft.

Von den Söhnen bestohlen. Eine überraschende Aufklärung haben Diebstähle gefunden, die der Post zur Last gelegt wurden. Eine Witwe Schildberger vom Grünen Weg stellte wiederholt bei der Oberpostdirektion Ersatzansprüche, weil an sie gerichtete Pakete bei der Oeffnung nicht die Waren enthielten, die sich darin befinden sollten, sondern lediglich Zeitungspapier. Die Nachforschungen der Postverwaltung nach dem Verbleib der Ware blieben erfolglos. Unter den Angestellten der Post befand sich der Dieb nicht. Die Kriminalpoststelle ging nun der Sache weiter nach und ermittelte, daß die beiden Söhne Georg und Werner der Empfängerin die Pakete angenommen, heimlich geöffnet, geleert und dann wieder mit Zeitungspapier gefüllt und von neuem verschlossen hatten. Beide sind geständig.

Zu den neuesten Erwerbungen des Zoologischen Gartens gehören zwei Steinböcke, Männchen und Weibchen. Der Steinbock (capra ibex) ist im Alpengebirge heimisch, dort aber, zumal ihm die Alpenjäger eifrig nachstellen, sehr selten geworden und wird durch gesetzlichen Schutz vor dem Aussterben behütet. Unser Zoologischer Garten hat in letzter Zeit nur Nachkommen aus Kreuzung mit anderen Ziegenarten, namentlich der Schraubenziege. Jetzt sind die beiden echten Exemplare aus Wien beschafft worden und haben ihre Behausung bei den Gemsenfelsen an der Südseite des Gartens, unweit der Vogel- und Affenhäuser. Beides sind schöne kräftige Tiere mit bräunlich-gelbem Fell und schmalem Längsstreifen, auch zeigt das Männchen ein stattliches Gehörn.

Sechs deutsche Monteure in Frankreich verhaftet. Gestern wurden in Epinal sechs deutsche Monteure verhaftet, die beschuldigt werden, gleichzeitig mit dem Material für den Bau von Holzhäusern eine Menge Waren aus Deutschland eingeschmuggelt zu haben, vor allem Jagdgewehre, Zündhölzer und Zigaretten.

Der Tod in den Bergen. Eine aus drei Personen bestehende führerlose Touristengruppe aus Sitten (Schweiz) verunglückte zwischen dem Täschhorn und dem Dom. Die drei Touristen gerieten ins Rutschen; einer fand sofort den Tod, die beiden anderen wurden schwer verletzt. Einer von ihnen ist inzwischen gestorben.

Riesenexplosion in der Ukraine. Eine Abteilung der Aufständischen hat in der Nähe von Winnica das größte Munitionslager in der Ukraine in die Luft gesprengt. Hierbei sind 37 Soldaten und 9 Kommissäre getötet worden. 8 Millionen Gewehrgeschosse, 22 000 Artilleriegeschosse, sowie ein großer Vorrat von Handgranaten ist hierbei in die Luft geflogen. Neben dem Pulverlager stand ein Lebensmittellager des 1. Sowjetkorps. Dieses ist ebenfalls dem Feuer zum Opfer gefallen. Die drei Urheber des Attentats wurden festgenommen, und zwar der Pole Johann Suchowski sowie die beiden Ukrainer Iwan Minorya und Emil Caneckl. Alle drei wurden auf der Stelle erschossen.

„Siedlung und Kleingarten", unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postauflage bei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 7. Juni:

2. **Kreis. Tiergarten.** Elternbeiräte und Ersatzpersonen der sozialistischen Parteien, abends 8 Uhr, wichtige Zusammenkunft in den Arminiushallen, oberer Saal, Bremer Straße. Sozialistischer Lehrer sind hierzu eingeladen.
7. **Kreis. Charlottenburg.** 7½ Uhr, engere Kreisvorstandssitzung in K. 1.
79. **Abt. Schöneberg.** 7½ Uhr, Frauenabend bei Greß, Gedanstraße 17. Im Juli und August fallen die Frauenabende aus.
92. **Abt. Neukölln.** Pünktlich um 7 Uhr bei Wolff, Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Rosegerstr. Sitzung des Abteilungsvorstandes, um 8 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre ebenda. Erscheinen Pflicht.
106. **Abt. Köpenick.** 8 Uhr, bei Müller, Alter Markt, Sitzung der Zeitungskommission und der Bezirksführer.

Sport.

Die Abendrennen in Treptow waren sehr gut besucht. Der Ertrag des erklassigen Sports dagegen war ein recht magerer. Die Hauptrennen verunglückten. Im Internationalen Fliegertreffen stürzte Rütt gleich im ersten Lauf, wodurch er auch für die beiden anderen Läufe startunfähig wurde. Lorenz gewann nun alle drei Läufe kampflos vor dem Hannoveraner Schürmann und dem Amerikaner Chandler. In den beiden Dauerrennen siegte der Frankfurter Weiß den Sieger. Das Fritz-Theile-Erinnerungsrennen gewann er nach bravouröser Verteidigung der Spitze vor Lewanow. Im Robl-Memorial über 50 Kilometer übernahm Weiß ebenfalls die Führung. Lewanows Führungsmaschine erlitt gleich am Anfang des Rennens einen Defekt, und hinter dem Ersatzmotor fand sich Lewanow nicht zurecht. Die beiden anderen Teilnehmer, der Holländer Vermeer und der Schweizer Wegmann, konnten Weiß nie gefährlich werden.

Ergebnisse: Internationales Fliegertreffen. Gesamtfleßement der drei Läufe: 1. Lorenz, 2. Schürmann, 3. Chandler; Rütt gestürzt und aufgegeben. — Fritz-Theile-Erinnerungsrennen, 25 Kilometer: 1. Weiß 21 Min. 42 Sek., 2. Lewanow 270, 3. Wegmann 1690, 4. Vermeer 2310 Meter zurück. — Robl-Memorial, 50 Kilometer: 1. Weiß 46 Min. 2⅘ Sek., 2. Wegmann 450, 3. Vermeer 6340, 4. Lewanow 6660 Meter zurück. — Maifahren, 5 Runden: 1. Hoffmann, 2. Stolz, 3. Hensch, 4. Packebusch. — Prämienfahren, 15 Runden: 1. Schulz, 2. Linsener, 3. Packebusch, 4. Reinke.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, bei mäßigen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftsbewegung

Polnischer Gewerkschaftskongreß.

Vom 25. bis 27. Mai fand in Krakau der zweite Kongreß der klassenbewußten Gewerkschaften Polens statt. Zahlreiche ausländische Delegierte waren erschienen, darunter Graßmann als Vertreter des ADGB. Aus dem Tätigkeitsbericht, den der Vorsitzende Genosse Zulawsky gab, entnehmen wir, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die dem Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, seit dem letzten Kongreß von 250 000 auf eine halbe Million gestiegen ist. Ueber den Tätigkeitsbericht entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, an welcher sich die Kommunisten und die Anhänger der PPS. sehr stark beteiligten.

Ueber die politische und wirtschaftliche Lage referierte der Genosse Kwapinski und schilderte die schwierige Lage, in welcher sich die Arbeiterklasse gegenwärtig befindet. Um die Organisationen schlagfertig zu erhalten, ist es auch notwendig, daß die strammste Disziplin geübt wird. Zur Frage der Organisation referierte der Delegierte vom Bund Genosse Ehrlich, welcher die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront besonders betonte. Ueber die Frage der Einheitsfront entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, an welcher sich die Kommunisten und die Anhänger der PPS. meistens beteiligten. Beide Richtungen machten sich gegenseitig Vorwürfe, wo sie den ehrlichen Willen zur Einheitsfront in Zweifel zogen. Den Kommunisten wurde der Vorwurf gemacht, daß sie das Wort Einheitsfront stets im Munde führen, in Wirklichkeit streben sie danach, die Gewerkschaften zu zersplittern und dann der Moskauer Internationale anzugliedern.

Gegen den Militarismus und gegen den Krieg wurde eine Resolution angenommen, worin betont wird, daß der Militarismus der größte Feind des arbeitenden Volkes ist. Der Kongreß protestiert auf das entschiedenste gegen die fortwährenden Rüstungen, verlangt den weitestgehenden Abbau der stehenden Heere, Waffen- und Munitionserzeugung bis zur endgültigen Beseitigung des Militarismus. Im übrigen erklärt sich der Kongreß solidarisch mit dem gefaßten Beschluß, des in Rom stattgefundenen internationalen Gewerkschaftskongresses in Fragen des Militarismus und den Kriegsvorbereitungen.

Unter freien Anträgen wurde ein Antrag angenommen, in welchem der Kongreß gegen die Unterdrückung der Minderheitsnationen Protest einlegt. Alle Staatsbürger dieses Staates müssen ohne Unterschied von Nation oder Konfession die gleichen Rechte genießen.

Rrrevolutionäre Unionisten und Gelbe.

Von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes erhalten wir eine längere Zuschrift, die sich mit der Person eines gewissen Weyer, Vertreter der angeblich revolutionären Arbeiter-Union, befaßt. Besagter Weyer war vor dem Kriege in der Gewerkschaftsbewegung in keiner Weise tätig, verstand es aber, durch seine radikalen Redensarten sich nachher zum Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Halle aufzuschwingen.

Die Tätigkeit des Weyer in Halle ist allen denen noch in Erinnerung, die selbst darunter leiden mußten. Sei es durch die Spaltung der Organisation durch Weyer, sei es durch die Rechte, die viele der Kollegen verloren haben. Dieser Ueberradikale hat nun, nach der Darstellung des Kollegen Schmidt, in einer Obleutekonferenz der städtischen Arbeiter, zu der sich Weyer Eintritt zu verschaffen wußte, bei einer Verhandlung im Reichsarbeitsministerium am 29. April eine höchst eigenartige Stellung eingenommen. Der Magistrat der Stadt Berlin hatte in zweimaliger Verhandlung mit dem Reichsarbeitsminister erklärt, daß er es ablehne, mit den Gelben oder den Unionisten sich an einen Tisch zu setzen, um über die Anstellungsbedingungen der Magistratsangestellten zu verhandeln. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter schlossen sich dieser Auffassung an. Der Ueberradikale Weyer gab jedoch die Erklärung ab, daß er bereit sei, gemeinsam mit den gelben Organisationen zu verhandeln!

Aus allen diesen Handlungen müssen die Arbeiter endlich einmal die Lehre ziehen, diesen sogenannten revolutionären Führern nicht nur nach dem Munde zu sehen, sondern auch nach den Händen, was sie verderben zum Schaden der Arbeiterschaft.

Aufruf!

Zugunsten der Hinterbliebenen der im Kapp-Putsch erschossenen 15 Thaler Gewerkschaftsgenossen richtet der Ortsausschuß des ADGB. in Ruhla an die arbeitende Bevölkerung Deutschlands die Bitte:

1. Soweit noch Gelder für die Opfer der Marburger Studenten bestimmt und Sammellisten ausstehen, Gelder und Listen einzusenden;
2. Neue Beiträge zu sammeln und sie an die Adresse des Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB., Fritz Bischoff, Ruhla, Altensteiner Str. 4, einzusenden. Uebt Solidarität! Gebt für die leidenden Hinterbliebenen!

Ja, Bauer ....

Die Abgeordneten Lang, Gerauer, Lukas, Herbert (Franken), Diernreiter, Merck und Emminger von der Bayerischen Volkspartei richten an die Reichsregierung eine Anfrage, was diese zu tun gedenke, um der „wilden Konkurrenz nichtlandwirtschaftlicher Betriebsunternehmen auf landwirtschaftliche Arbeitskräfte während der Erntezeit Einhalt zu gebieten." Es handelt sich um die Ausführung von Notstandsarbeiten an der mittleren Isar und dem Walchenseeprojekt, für die von den Unternehmern Arbeiter gesucht werden, und zwar werden landwirtschaftliche Arbeiter bevorzugt. Die Unternehmer bieten für diese schwere und gesundheitsschädliche Arbeit einen Stundenlohn von 20 M., was gewiß nicht als außerordentlich hoher Lohn bezeichnet werden kann. Trotzdem „verlassen nach Angabe des Herrn Lang und Genossen die landwirtschaftlichen Knechte und Arbeiter massenhaft ihre bisherige Beschäftigung", um bei den erwähnten Arbeiten Beschäftigung zu nehmen. „Die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer stehen diesen Vorgängen schutz- und wehrlos gegenüber", jammern die Lang und Genossen. Die Idee, daß sie ja auch entsprechende Löhne zahlen könnten und dadurch die Massenflucht der Arbeiter verhindern würden, kommt diesen Leuten nicht. Für sich freie Wirtschaft und Wuchergewinne, für die Arbeiter Elendslöhne und Zwangsarbeit.

Unternehmerterror.

Der Zentralverband der Fleischer schreibt uns:

In der Stallschreiberstr. 56 befindet sich die Darmhandlung und Saitlings-Spezialgeschäft von Falkenthal u. Lange. Mit äußerst groß aufgezogener Reklame setzt dieselbe ihre Produkte an die Fleischermeister und Wurstfabrikanten Berlins ab, deren Abnehmer wieder die Bevölkerung Berlins ist. Unter dem 3. Juni 1922 ging der Organisation folgendes Schreiben von dieser Firma zu. „Hiermit kündigen wir den mit Ihnen vereinbarten Tarifvertrag, da wir mit unserem Personal einen Haustarif abgeschlossen haben." Damit nicht genug, ist gleichzeitig durch irgendwelche Einwirkungen auf die beschäftigten Arbeitnehmer erreicht worden, daß diese durch Unterschrift bekunden mußten, sie erklärten hiermit ihren Austritt aus der Organisation.

Also soweit geht die Unternehmerwillkür schon. Nicht allein die Arbeiterschaft durch niedrige Löhne wieder zu zwingen, sondern auch deren Stütze und Halt, die Gewerkschaften zu zertrümmern. Es werden daher Betriebsräte größerer Betriebe aufgefordert, Feststellungen zu machen, wo Produkte der Firma Falkenthal u. Lange abgesetzt werden. Die Organisation wird weitere Maßnahmen bekanntgeben.

Streik-Ende der Engros-Schlächtergesellen.

Der mit ziemlicher Schärfe geführte Kampf der Engrosschlächtergesellen ist am Sonnabend durch Verständigungsverhandlungen zu Ende geführt worden. Die Löhne betragen demnach ab 15. Mai pro Woche 1080 M., 850 M. und 630 M. für Gesellen, 900 M. für Kutscher. Ab 1. Juni 1150 M., 920 M., 700 M. für Gesellen und 970 M. für Kutscher. Aushilfen erhalten für den ganzen Tag 275 M. und für den halben Tag 180 M. Die Arbeit wurde noch am Sonnabend zum Teil wieder aufgenommen. Maßregelungen sollen nicht stattfinden. Bezahlung erfolgt von der Aufnahme der Arbeit an.

Zentralverband der Fleischer.

Die Holzarbeiter im Rheinland und in Westfalen sind an zahlreichen Orten, so auch in Essen, Dortmund, Duisburg, Hamborn, Bielefeld, Elberfeld in Teilstreiks getreten. Sie fordern eine Lohnzulage von 5 M. Ein Einigungsvorschlag des Reichs- und Staatskommissars, den Holzarbeitern ab 14. Juni eine Lohnzulage von 2,50 M., ab 19. Juni eine weitere Zulage von 1,50 M. zu bewilligen, wurde von den vereinigten Arbeitgeberverbänden des Holzgewerbes angenommen, während die Arbeitnehmer ihn ablehnten. Die Arbeitgeberverbände haben beschlossen, am Donnerstag alle Holzarbeiter im Rheinlande und in Westfalen auszusperren.

Eine Ausstellung für Metallschleiferei und Galvanotechnik veranstaltet vom 3. bis 8. Juni in Berlin, Alexandrinenstr. 37a, der Verband der Metallschleifereien und Galvanisieranstalten. Auf der Fachausstellung werden Musterarbeiten des Handwerks und die zu dessen Ausübung erforderlichen Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel gezeigt, um auf diese Weise dem Publikum einen Einblick in dieses Handwerk zu verschaffen.

Metallarbeiterstreik in der Lombardei. Der Metallarbeiterstreik in der Lombardei, der bereits sechs Wochen dauert, wächst sich immer mehr zu einem allgemeinen Streik der Metallindustriearbeiter aus. Die Versuche der Kommunisten, den Streik auch auf andere Industrien auszudehnen, blieben erfolglos.

Streiks in Polen. Die Arbeiter aller großen Warschauer Lederfabriken stehen bereits seit mehr als einer Woche im Streik. Auch in anderen Industrien haben neue Lohnbewegungen zu Streiks geführt. Es streiken in Danzig die Arbeiter der Tabakfabriken, in Lemberg die Buchbinder und in Jalostock die Tischler.

Brauerei- und Mühlenarbeiter.

21. Verbandstag.

Der Vorstand des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes hat aus Anlaß des am 11. Juni und folgende Tage in Dresden stattfindenden 21. ordentlichn Verbandstages seinen Rechenschaftsbericht für die Jahre 1919 bis 1921 den Delegierten unterbreitet.

Zu noch keiner Zeit fanden die Lohnbewegungen in so schneller Aufeinanderfolge statt wie während der drei Berichtsjahre. Aber auch noch nie stiegen die Lebensunterhaltungskosten, nicht zuletzt infolge des üppig ins Kraut geschossenen Wuchers, so enorm wie gerade während dieser Zeit. Auch der Achtstundentag mußte mehrfach erst erkämpft werden. Auf Schwierigkeiten stieß seine Durchführung insbesondere dort, wo mit den gewerblichen Betrieben noch landwirtschaftliche Betriebe verbunden sind. Abgewehrt werden mußte auch der Versuch, die verkürzte Arbeitszeit des Sonnabends wieder einzuholen durch Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen fünf Wochentagen. Weiter wandte sich der Verband gegen die Bemessung der Löhne nach Dienstalter und nach Lebensalter; desgleichen gegen den sogenannten Soziallohn sowie gegen die zu hohen Lohnspannen der Gelernten und Ungelernten; der Kampf des Verbandes galt der Durchführung des Grundsatzes: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn. Dem ist die wesentliche Erhöhung auch der Frauenlöhne zu danken. In einer Reihe von Fällen wandte der Verband sich auch gegen die Einführung von Stundenlöhnen, sodann gegen Regelung der Löhne durch örtlich eingerichtete Lohnämter und gegen die gleitende Lohnskala, weil er nach der besonderen Einstellung der Unternehmer des Berufs diese Sonderregelungen alle als nicht im Interesse der Masse der Berufsarbeiter liegend ansieht.

Statistisch führt der Vorstand 5585 Angriffsbewegungen mit 253 354 Beteiligten und erheblichen Lohnaufbesserungen an, die allerdings, so führt er aus, infolge der katastrophalen Wirkung des Versailler Friedensdiktats und des herrschenden Wuchers keiner Verbesserung der Lebenshaltung gleichkommen. Abwehrbewegungen, die sich notwendig machten zur Rückgängigmachung von Entlassungen, Arbeitszeitverlängerungen, Lohnverkürzungen, Verweigerung der Bezahlung von Nacht- und Sonntagsarbeit u. dgl. sind 508 statistisch erfaßt; Streiks und Aussperrungen 446 mit zusammen 12 614 Beteiligten und einem Kostenpunkt von 1 934 361 M. Das Tarifwesen des Verbandes dringt in die entferntesten Winkel. Am 1. Januar 1922 arbeiteten 4073 Betriebe mit 76 082 Personen nach Tarifen; neben ihnen laufen besondere Abmachungen über die Lohnsätze, mit neuerdings infolge der rasch fortschreitenden Geldentwertung kaum länger als vier Wochen Laufzeit.

Der Verband weist mit seiner durchschnittlichen Mitgliederzahl von 65 119 im Jahre 1919, 73 257 in 1920, 76 359 in 1921 ein gesundes Wachstum auf. Besonders guten Eingang fand er in der Nachkriegszeit unter den Mühlenarbeitern, deren er jetzt etwa 25 000 als Mitglieder zählt. Die Agitation im besetzten Gebiet litt stark unter der den Gewerkschaftsbeamten lange Zeit versagten Einreisemöglichkeit. Mit 80 752 Mitglieder, worunter 5840 weibliche, schloß das Jahr 1921 ab.

Das Verbandsvermögen an diesem Jahresschluß betrug 5 339 570 Mark. Die Auflage der Verbandszeitung, die am Anfang 1919 auf 41 000 stand, beträgt gegenwärtig etwa 92 000.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

„Was ist Porath" Kinder- und Krankennahrung? Die Hafer-Kraft-Nahrung von höchstem Nährwert!

„Wer soll Porath" Kinder- und Krankennahrung ständig verwenden?

Jede Mutter Für Ihren Säugling anstelle mangelnder Muttermilch und nach der Entwöhnung für größere Kinder zur Muskel- und Knochenbildung.

Erwachsene namentlich Magen- und Darmkranke und solche die unter Verdauungsstörungen leiden als Stärkungsdiät.

Genesende als Kraftkost.

Schon viele verdanken ihr Wohlbefinden und die prächtige Entwicklung ihrer Kinder Porath's Kinder- und Krankennahrung

Verlangen Sie Broschüre und Probe kostenlos. A. 5
Richard Porath G.m.b.H. Nährmittelwerk — Berlin S.W. 68.

Für Gold- u. Silber-Bruch Brillanten etc. zahlt die höchsten Tagespreise Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft Hopenfeld & Co. Berlin Antwerpen Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)

Metall-Bettstellen Fürst, Neukölln, Hermann Str. 38 Ecke Mahlower Straße. Kinderwagen Bettfedern Korbmöbel Fabr. f. Ruhebett., Auflegematratz. u. Feldbettstellen. Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus.

Reißend los werden Sie alles überflüssige Haus- und Wirtschaftsinventar durch eine Kleine Anzeige im „Vorwärts"

Zahn-Atelier für modernen Zahnersatz H. Knapp vorm. Fenker Sprechstunden 9—1, 3—6, Sonnt. 10—12 Kottbuser Damm 70/71. Tel: Mpl. 7827

Echte Walthers Hienfong-Essenz extrakt. (Destillat) 12 Fl. M. 75, bei 24 Fl. M. 138 frk. u. inkl. Zu haben in Apoth. u. Droger. Herst. Laboratorium E. Walther, Halle a. S.-Trotha 143

Jeder Bezieher des Kommentars zum Betriebsrätegesetz von Dr. Georg Flatow braucht auch den Kommentar zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stillegungen nebst der Ausführungsanweisung Unentbehrlich für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Behörden, Arbeitgeber, Arbeitnehmer Preis 8,— Mark Buchhandlung Vorwärts Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Kautabak-Niederlage G. A. Hanewacker, Nordhausen Grimm & Triepel, Nordhausen Fischer & Herwig, Hann.-Münden M. Hansen jr., Hadersleben Joseph Doms, Ratibor Max Ziegenhals, C 2, Poststraße 1 Tel.: Zentrum 29 Verkauf nur an Händler

Brillanten Platin-, Gold-, Silber-Sachen, Uhren und Ketten kaufe zu höchsten Auslandskursen. Eig. Werkstätt. Ank. m. Rückkaufsrecht. Juwelier E. Podiwin Alte Schönhauser Str. 25 an der Münzstraße.

Möbel-Frese Billigste Bezugsquelle für Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer • Küchen Auf Wunsch Zahlungsziel Weinbergsweg 1 :: Rosenthaler Platz ::

Zähne von 15 M. Teilzahl. 3j. Gar. Kronen an 30 M., Zahnz. m. Einspr. h. schmerzld. Umarb. sch. echts. Geb. Rep. sof. Zahnarzt Dr. Wolf, Potsdamer Str. 55, Hochbahn-Ecke Sprech. 9-7

„Vorwärts"-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Hauptexpedition: Berlin, Lindenstr. 3, Laden.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
Westen: Steglitzer Str. 87, Ecke Magdeburger Straße.
Süden: Dörnbergstr. 42, an der Gneisenaustraße. — Prinzenstraße 31, Hof rechts parterre.
Osten: Markusstr. 36. — Petersburger Platz 4.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 34.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22.
Adlershof, Alt-Glienicke: Frl. Walter, Adlershof, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Dannenberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus Paradies.
Buchholz, Blankenburg: Wagner, Blankenburg, Burgwallstraße 13.
Charlottenburg I: Sesenheimer Str. 1.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Kaiserdamm 101.
Charlottenburg IV: Regensburger Straße 10.
Eggersdorf: Schönherr, Landsberger Str. 10.
Erkner: Albert Kernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Kraatzke, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uttenweiler, Petershagen.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Halensee, Johann-Sigismund-Str. 13.
Henningsdorf: Emmnia: Rathenaustr. 7.
Hohenneuendorf: Siegeris, Bismarckstraße.
Johannisthal: Alwin Gommlich, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Otto, Heiligenbergstr. 10.
Kaulsdorf: Liebig, Finsterberger Str. 14.
Königswusterhausen: E. Meyer, Potsdamer Str. 9.
Köpenick, Hirschgarten: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden).
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 183, Laden.
Lichtenrade: Franz Wichurn, Kaiser-Friedrich-Str. 9 Restaurant.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 3.
Lichterfelde-West: Berndt, Steglitzer Str. 19.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 25.
Mariendorf: August Seip, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Berliner Str. 143.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 71.
Neukölln I: Rodarstr. 2.
Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29.
Neukölln-Britz: Mittag, Britz, Chausseestr. 32.
Niederschöneweide: Schindler, Fennstr. 23.
Nowawes: Karl Krobsberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Loemhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Nißmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Kirste, Spandauer Str. 6.
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: W. Burs, Prinz-Heinrich-Str. 34.
Schmargendorf: Nehab, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 27.
Senzig, Mittenwalde, Schenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Cablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 34.
Siemensstadt: Friese, Rödigerstein 10.
Steglitz: Zeitungs-Kiosk, Düppelstr. 41.
Spandau: Lindenufer 31.
Staaken: Völkel, Eichenwinkel 16.
Südende: Ludwig, Halskestr. 56.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Tegelort, Jucksfelde, Conradshöhe, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohenneuendorf, Bitterwerder: Paul Klenast, Borsigwalde, Ascheallee 10.
Teltow: Häfel, Ritterstr. 19.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 8.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Weiß, Kiefholzstr. 18b.
Weißensee: Greunke, Berliner Allee 54.
" Gillmann, Carmen-Sylva-Straße 87.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19. Tübinger Str. 2a.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Waltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Teltower Str. 3.
Zeuthen, Miersdorf: E. Behling, Bahnhofstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.